

Fragen

für die Fragestunde der 3. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Donnerstag, dem 28. November 2013

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Amtsberg, Luise (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	31, 32	Jelpke, Ulla (DIE LINKE.)	52
Baerbock, Annalena (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	65, 66	Kekeritz, Uwe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	12, 26
Beck, Marieluise (Bremen) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	23	Keul, Katja (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	9, 44
Beck, Volker (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	29, 30	Koenigs, Tom (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	6
Dr. Brantner, Franziska (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	13, 14	Korte, Jan (DIE LINKE.)	27, 28
Brugger, Agnieszka (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	11, 37	Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	67, 68
Bulling-Schröter, Eva (DIE LINKE.)	54, 55	Kurth, Markus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	50, 51
Dörner, Katja (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	56, 57	Dr. Lindner, Tobias (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	53
Ebner, Harald (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	69	Meiwald, Peter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	5
Gehrcke, Wolfgang (DIE LINKE.)	20, 21	Mihalic, Irene (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	35, 36
Göring-Eckardt, Katrin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	33, 34	Movassat, Niema (DIE LINKE.)	43
Groth, Annette (DIE LINKE.)	3, 4	Dr. Notz, Konstantin von (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	38, 39
Hänsel, Heike (DIE LINKE.)	16, 40	Nouripour, Omid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	10, 25
Dr. Hahn, André (DIE LINKE.)	61, 62	Ostendorff, Friedrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	47, 48
Herzog, Gustav (SPD)	59, 70	Pau, Petra (DIE LINKE.)	41, 42
Höger, Inge (DIE LINKE.)	19, 60	Paus, Lisa (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	1, 2
Höhn, Bärbel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	63, 64	Rößner, Tabea (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	45, 46
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	17, 18	Sarrazin, Manuel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	22, 49

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Dr. Schmidt, Frithjof (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	7, 8	Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	15, 24
Schulz, Swen (Spandau) (SPD)	71, 72	Vogler, Kathrin (DIE LINKE.)	58, 73

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie	5
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	15
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales ..	16
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	16
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	17
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	17
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	18
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	19
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	22

**Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und
des Bundeskanzleramtes**

1. Abgeordnete
Lisa Paus
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Inwieweit hat Staatsminister a. D. Eckart von Klaeden in seiner Amtszeit Einfluss auf die Bearbeitung des Themas Elektromobilität genommen, hier insbesondere den „Nationalen Entwicklungsplan Elektromobilität“, und der „Gemeinsamen Geschäftsstelle Elektromobilität“ der Bundesregierung?

2. Abgeordnete
Lisa Paus
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung unternommen, um Loyalitätskonflikte des Staatsministers a. D. Eckart von Klaeden im direkten dienstlichen Kontakt zu Christoph Brandt von der Investmentbank Goldman Sachs zu verhindern?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft
und Technologie**

3. Abgeordnete
Annette Groth
(DIE LINKE.) Welche konkreten Schritte wird die Bundesregierung unternehmen, damit die Öffentlichkeit und der Deutsche Bundestag über den Stand der Verhandlungen über das geplante Freihandelsabkommen USA – EU informiert werden?

4. Abgeordnete
Annette Groth
(DIE LINKE.) Wer verhandelt für die EU das geplante Freihandelsabkommen USA – EU, und wie ist die Bundesregierung in den Verhandlungsprozess integriert und informiert?

5. Abgeordneter
Peter Meiwald
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Wie hoch sind nach Kenntnis der Bundesregierung die ökologischen und ökonomischen Schäden durch den Erdölaustritt aus dem Kavernenfeld in Etzel vom 17. November 2013 zu beziffern, und welche konkreten Schritte z. B. im Bergrecht plant die Bundesregierung zur Verhinderung zukünftiger Umweltschadensereignisse im Gefolge des Betriebs von Kavernen zur Speicherung fossiler Brennstoffe?

6. Abgeordneter
Tom Koenigs
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Schritte wird die Bundesregierung unternehmen, damit Firmen bzw. deren Tochterfirmen, die mutmaßlich an Menschenrechtsverletzungen im In- und Ausland beteiligt waren (Beispiel: Entführung und Rückführung des deutschen Staatsbürgers Khaled El-Masri) oder rechtswidrig Daten deutscher Staatsbürger an ausländische Dienste übermittelt haben, künftig von öffentlichen Aufträgen in Deutschland ausgeschlossen werden?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

7. Abgeordneter
Dr. Frithjof Schmidt
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, die Beteiligung der Bundeswehr an der Operation Active Endeavour über den 31. Dezember 2013 hinaus fortzusetzen?
8. Abgeordneter
Dr. Frithjof Schmidt
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wenn ja, bis wann wird die Bundesregierung einen Antrag auf parlamentarische Zustimmung zur Fortsetzung einer deutschen Beteiligung vorlegen, und sieht die Bundesregierung die Voraussetzungen für die Beibehaltung des NATO-Bündnisfalls (Artikel 5 des NATO-Vertrages) als völkerrechtliche Begründung für das Bundeswehrmandat auch gegenwärtig noch als gegeben an?
9. Abgeordnete
Katja Keul
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Hat sich der Operationsplan der NATO-geführten Operation Active Endeavour (OAE) geändert, oder ist eine Änderung für die Fortsetzung der Operation nach dem 31. Dezember 2013 geplant, insbesondere bezüglich der Möglichkeit der Anwendung militärischer Gewalt?
10. Abgeordneter
Omid Nouripour
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern hat die Bundesregierung Kenntnis davon, dass laut Medienberichten (siehe u. a. Süddeutsche Zeitung, 19. November 2013, „Frankfurt, Hauptstadt der US-Spione“) der US-amerikanische Nachrichtendienst CIA in Frankfurt am Main eine Logistikzentrale unterhält, die so genannte Rendition Flights organisiert und verwaltet sowie Geheimgefängnisse in Europa betrieben haben soll, und was unternimmt die Bundesregierung konkret, um die Vorwürfe aufzuklären?

11. Abgeordnete
**Agnieszka
Brugger**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie stellt die Bundesregierung sicher, dass von US-Stützpunkten in Deutschland keine Beteiligung an extralegalen Hinrichtungen, die das Völkerrecht verletzen, erfolgt?
12. Abgeordneter
**Uwe
Kekeritz**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Warum wurde der Deutsche Bundestag, vgl. die am 15. November 2013 erschienene Publikation „Geheimer Krieg“ der Journalisten Christian Fuchs und John Goetz, S. 30 bis 36, nicht mit der 2007 getroffenen Entscheidung über die Ansiedlung des US-Afrikakommandos (AFRICOM) in Deutschland befasst, und welche Mitglieder der Bundesregierung (einschließlich Staatssekretärinnen/-sekretäre) haben diese Entscheidung getroffen (bitte mit jeweiliger Begründung)?
13. Abgeordnete
**Dr. Franziska
Brantner**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie begegnet die Bundesregierung dem möglichen Widerspruch, dass sie offensichtlich einerseits die Mitwirkung amerikanischer Behörden an völkerrechtlich und menschenrechtlich höchst fragwürdigen Aktivitäten von deutschem Staatsgebiet aus – etwa extralegalen, gezielten Tötungen – zulässt, wie sie vom NDR und von der „Süddeutschen Zeitung“ dokumentiert werden (www.geheimerkrieg.de), andererseits aber in Libyen, Tunesien oder Ägypten für sich in Anspruch nimmt, als ehrlicher Makler bei der Förderung von Demokratie und Menschenrechten aufzutreten?
14. Abgeordnete
**Dr. Franziska
Brantner**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Mit welcher Begründung war die Bundesregierung bereit, dem Hauptquartier AFRICOM in Stuttgart zuzustimmen (vgl. sueddeutsche.de vom 20. März 2011), obwohl alle afrikanischen Staaten – mit Ausnahme Liberias – die Beherbergung AFRICOMs mit der Begründung ablehnten, nicht in den Anti-Terror-Krieg der USA hineingezogen zu werden?
15. Abgeordneter
**Hans-Christian
Ströbele**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist die Bundesregierung bereit und willens, dem Bundestag all ihre völkerrechtlichen Vereinbarungen, bi- und multilateralen Abkommen nebst zugehöriger Protokolle, Verbalnoten, Verwaltungsvereinbarungen u. Ä. je mit den ehemals westalliierten Stationierungsstaaten sowie zwischen deutschen und deren Sicherheits- und Militärdienststellen über deren Tun in oder bezüglich Deutschland kurzfristig zur Überprüfung zugänglich zu machen (unter Angabe aller deutschen Rechtsnormen), welche u. U.

die Entsendestaaten nebst militärischem sowie zivilem Gefolge auf deutschem Boden von uneingeschränkter Beachtung deutschen Rechts oder dessen Kontrolle befreien, und teilt die Bundesregierung meine Auffassung (sowie Dieter Deiseroth, ZRP 2013, S. 194 ff.), dass sie – damit künftig die Entsendestaaten nebst militärischem sowie zivilem Gefolge auf deutschem Boden ihre Privilegien nicht zu möglichen Kriegshandlungen und Geheimdienstauspähung missbrauchen, sondern uneingeschränkt deutsches Recht beachten und dies überall kontrollieren lassen – kurzfristig ihr Kündigungsrecht nutzen sollte bezüglich des letzteren – nach Auffassung des o. g. Bundesverwaltungsrichters Dieter Deiseroth – entgegenstehenden Deutschland- und Aufenthaltsvertrags sowie des NATO-Truppenstatus nebst Zusatzabkommen aus den 50er-Jahren, womit die Bundesregierung u. a. die Einsetzung des US-Militärkommandos AFRICOM in Stuttgart rechtfertigte (SZ-online vom 17. Mai 2010)?

16. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)
- In welcher Weise gedenkt die Bundesregierung, den bereits mehrfach gemachten Anschuldigungen von NDR und „Süddeutscher Zeitung“ nachzugehen (zuletzt am 14. November 2013), dass vom AFRICOM Stuttgart und der US-Base Ramstein aus US-Drohneinsätze zur gezielten Tötung von Menschen in Afrika, z. B. Somalia und dem Nahen Osten, gesteuert und koordiniert werden?
17. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Wie viele Diplomatinen und Diplomaten der „Five-Eyes“-Staaten Großbritannien, USA, Neuseeland, Australien, Kanada wurden in den letzten zehn Jahren wegen vermuteter bzw. bewiesener Spionage oder sonstiger unerwünschter Aktivitäten mittels einer „Stillen Ausweisung“ des Landes verwiesen (Süddeutsche Zeitung, 19. November 2013), und wie stellt sich diese Zahl im Verhältnis zu anderen Ländern, insbesondere Russland und China, dar?
18. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Woran scheidet nach Kenntnis der Bundesregierung die internationale Suche nach einem Staat, der die syrischen Giftgasvorräte aufnehmen und vernichten soll (vgl. www.tagesschau.de/ausland/syrienkrieg100.html), und inwiefern hat sich die Bundesregierung an der Suche beteiligt und ihre eigene Unterstützung angeboten?

19. Abgeordnete
Inge Höger
(DIE LINKE.)
- Welche Anstrengungen hat die Bundesregierung in den letzten sechs Monaten unternommen, damit die auf 2013 verschobene internationale Konferenz für eine massenvernichtungswaffenfreie Zone Naher und Mittlerer Osten zeitnah stattfinden kann, und inwiefern hat sie versucht, ihren Bündnispartner Israel zur Teilnahme zu bewegen?
20. Abgeordneter
Wolfgang Gehrcke
(DIE LINKE.)
- Welche Gründe haben die Bundesregierung zur Entscheidung bewogen, das vom außenpolitischen Berater der Bundesregierung, Christoph Heusgen, am 19. November 2013 in Aussicht gestellte Angebot zur Vernichtung der syrischen Chemiewaffen in Deutschland de facto zurückzuziehen (vgl. www.bundestkanzlerin.de vom 20. November 2013) und eine Zerstörung der aus Syrien stammenden C-Waffen auf deutschem Boden auszuschließen?
21. Abgeordneter
Wolfgang Gehrcke
(DIE LINKE.)
- Wie gedenkt die Bundesregierung nach der von der Öffentlichkeit als Kurswechsel wahrgenommenen Absage an eine Zerstörung syrischer Chemiewaffen in Deutschland ihrer weithin bekundeten Verantwortung nachzukommen und sich künftig für die schnelle Vernichtung der C-Waffen aus Syrien einzusetzen und somit ein positives Signal für das Zustandekommen der geplanten Genfer Konferenz zu senden?
22. Abgeordneter
Manuel Sarrazin
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Position bezieht die Bundesregierung aktuell zu der Empfehlung der Europäischen Kommission, der Republik Albanien den Status eines Beitrittskandidaten zur Europäischen Union zu verleihen?
23. Abgeordnete
Marieluise Beck
(Bremen)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie sieht die Bundesregierung vor dem Vilnius-Gipfel die Perspektive für die Östliche Partnerschaft angesichts der Tatsache, dass die Ukraine die Vorbereitung zur Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens mit der EU per präsidentialem Dekret gestoppt hat, das fast vollständig ausgehandelte Abkommen mit Armenien wegen der Entscheidung des Landes für einen Beitritt zur Zollunion mit Russland, Belarus und Kasachstan nicht mehr paraphiert werden kann und Aserbaidshan und Belarus derzeit die Voraussetzungen für eine Vertiefung der Beziehungen mit der EU fehlen (vgl. www.auswaertiges-amt.de)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

24. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwieweit trifft es zu (so Fuchs/Goetz: Geheimer Krieg, 2013, S. 193 bis 207), dass die Bundesregierung dem US-Unternehmen Computer Sciences Corporation (CSC) bzw. Töchtern (u. a. in Wiesbaden), welches aufgrund eines Rahmenvertrags mit der CIA 2003 bis 2006 dessen Entführungsprogramm durchgeführt haben soll und dessen Agenten in Kriegsgebiete befördert haben soll, von 2009 bis 2013 insgesamt 100 v. a. sensible IT-Aufträge für 25,5 Mio. Euro erteilte, seit 1990 gar für 180 Mio. Euro sowie durch die Bundeswehr seither weitere 364 Aufträge für über 115 Mio. Euro, und wird die Bundesregierung nun, nachdem lt. Fuchs/Goetz „Associated Press“ schon im September 2011 die Entführungsflüge der CSC-Gruppe publizierte, ihre noch offenen Verträge mit dieser sonderkündigen, dieser keine neuen Verträge erteilen sowie alle bisherigen Verträge dem Fragesteller und dem Deutschen Bundestag zugänglich machen, um eine kritische Prüfung der Vertragsinhalte sowie die Angemessenheit der Dotierung zu ermöglichen?
25. Abgeordneter
Omid Nouripour
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern wurden von deutschen Nachrichtendiensten wie dem Bundesnachrichtendienst, dem Bundesamt für Verfassungsschutz oder dem Militärischen Abschirmdienst Aufträge an das US-amerikanische Unternehmen Computer Sciences Corporation (CSC) vergeben, und welchen Gegenstand hatten diese jeweils?
26. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist der Bundesregierung bekannt, dass, wie in der am 15. November 2013 erschienenen Publikation „Geheimer Krieg“ der Journalisten Christian Fuchs und John Goetz auf den Seiten 206 bis 212 dargestellt, der 2003 von der CIA entführte deutsche Staatsbürger Khaled El-Masri in einem von der Computer Sciences Corporation (CSC) bereitgestellten Flugzeug verschleppt und gefoltert wurde, und welche Konsequenzen wird sie aus diesen Vorwürfen für ihre Auftragsvergabepraxis an die CSC und deren Tochterunternehmen ziehen?
27. Abgeordneter
Jan Korte
(DIE LINKE.)
- Wer entschied jeweils, dass die US-Beraterfirma CSC mit ihren deutschen Tochtergesellschaften Bundesaufträge im Rahmen der IT-Vorhaben De-Mail, nPa, ePa, Quellcodeprüfung Staatstrojaner, Nationales Waffenregister, E-Government, E-Ge-

richtsakte und E-Strafregister erhielt, und wie wurde jeweils sichergestellt, dass der Auftragnehmer bei der Vertragserfüllung zur Kenntnis erlangte vertrauliche Daten nicht an Dritte weiterleitet?

28. Abgeordneter
Jan Korte
(DIE LINKE.)
- Kann die Bundesregierung den Bericht der „Süddeutschen Zeitung“ vom 20. November 2013 über die „Hauptstelle für Befragungswesen“ (HBW), die dem Bundeskanzleramt untersteht und dem Bundesnachrichtendienst zugeordnet ist, bestätigen, wonach Bundesnachrichtendienst, US- und britische Geheimdienste ein gemeinsames Programm betreiben, bei dem die beteiligten Dienste im Rahmen der Arbeit der HBW, in der heute jährlich 500 bis 1 000 Vorgespräche und anschließend 50 bis 100 Intensivgespräche mit Flüchtlingen, darunter manche durch britische oder amerikanische Geheimdienstleute sogar allein, ohne deutsche Begleiter, durchgeführt würden, und wenn ja, wie kann sie ausschließen, dass die so gewonnenen Erkenntnisse beim Einsatz von Kampfdrohnen durch das US-Militär Verwendung finden?
29. Abgeordneter
Volker Beck
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie werden Asylbewerberinnen und Asylbewerber bei den von „Süddeutscher Zeitung“ und vom NDR berichteten Befragungen durch britische und amerikanische Geheimdienstmitarbeiterinnen und -mitarbeiter in der Hauptstelle für Befragungswesen über die Identität, den Auftrag und die Absichten dieser Geheimdienstmitarbeiterinnen und -mitarbeiter aufgeklärt, und wie wird gewährleistet, dass den befragten Personen und ihren Angehörigen in den Herkunftsstaaten keine Nachteile aus den preisgegebenen Informationen erwachsen?
30. Abgeordneter
Volker Beck
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche ausländischen Geheimdienste befragen Asylbewerberinnen und Asylbewerber in der Hauptstelle für Befragungswesen (bitte rechtliche Grundlagen nennen), und welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung darüber, ob diese Informationen auch in das Zielerfassungssystem der ausländischen Dienste einfließen?

31. Abgeordnete
**Luise
Amtsberg**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie gelangt die Hauptstelle für Befragungswesen (HBW) an die Personal- und Kontaktdaten der befragten Asylbewerberinnen und Asylbewerber, und in welcher Form erklären von der HBW Befragte ihre Bereitwilligkeit, für eine Befragung zur Verfügung zu stehen (siehe Süddeutsche Zeitung vom 20. November 2013)?
32. Abgeordnete
**Luise
Amtsberg**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Geschieht diese Erklärung im Rahmen von Gesprächen, welche die Befragten als relevant ansehen für die Entscheidung über ihr Asylgesuch?
33. Abgeordnete
**Katrin
Göring-Eckardt**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Sind bei den Befragungen von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern durch ausländische Dienste in Deutschland permanent auch deutsche Beamtinnen und Beamte anwesend, und sind die deutschen Beamtinnen und Beamten gehalten, bei der Befragung bzw. im Hinblick auf die mögliche Weiterverwertung der hierbei gewonnenen Informationen auf die Einhaltung deutschen Rechts zu achten?
34. Abgeordnete
**Katrin
Göring-Eckardt**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Hält die Bundesregierung es für rechtlich zulässig, dass Drittstaaten Informationen, die sie aus einer nachrichtendienstlichen Befragung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern in Deutschland gewonnen haben, später möglicherweise gezielt für Tötungsbefehle nutzen?
35. Abgeordnete
**Irene
Mihalic**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Auf welcher Tatsachen- und Rechtsgrundlage erfolgte die in der Antwort der Bundesregierung vom 10. Juli 2008 auf die Schriftliche Frage 17 auf Bundestagsdrucksache 16/10006 beschriebene Befragung des Esten A. S. durch die Bundespolizei bis zum Eintreffen der Anordnung der Festnahme der Generalstaatsanwaltschaft?
36. Abgeordnete
**Irene
Mihalic**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Sieht die Bundesregierung aufgrund der Berichterstattung der „Süddeutschen Zeitung“ und des NDR zum Thema „Geheimer Krieg – Wie von Deutschland aus der Kampf gegen den Terror gesteuert wird“ Bedarf für eine Evaluierung bzw. Überprüfung der Rechtsgrundlagen bei der Zusammenarbeit US-amerikanischer und deutscher Sicherheitsbehörden auf bundesrepublikanischem Hoheitsgebiet?

37. Abgeordnete
**Agnieszka
Brugger**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern trifft es zu, dass an deutschen Grenzen – vgl. „Süddeutsche Zeitung“ vom 15. November 2013, „Deutschland – der Freund und Helfer“, S. 6 und Fuchs/Goetz „Geheimer Krieg“, S. 217 – Reisende von amerikanischen Polizistinnen/Polizisten und Spezialagentinnen/-agenten durchsucht, befragt und festgehalten werden, und auf welcher Rechtsgrundlage geschieht dies auf deutschem Hoheitsgebiet?
38. Abgeordneter
**Dr. Konstantin
von Notz**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie erklärt sich die Bundesregierung die erheblichen Abweichungen hinsichtlich der ihr offiziell gemeldeten Beschäftigtenzahlen des US-Generalkonsulats (521, siehe Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Bundestagsdrucksache 17/14739 vom 12. September 2013) gegenüber den Zahlen der „Süddeutschen Zeitung“ vom 19. November 2013 (900 Mitarbeiter), und welche konkrete Informationslage hatte die Bundesregierung bzw. den Geheimdienstkoordinator veranlasst, in der letzten Augustwoche 2013 (Bericht der Frankfurter Rundschau vom 9. September 2013) einen Hubschrauberüberflug über das Gelände des Generalkonsulats mit Kräften des Bundesamtes für Verfassungsschutz zu veranlassen?
39. Abgeordneter
**Dr. Konstantin
von Notz**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Was hat die Bundesregierung nach Bekanntwerden des Betriebes von mutmaßlichen Abhöranlagen auf den Dächern der Botschaften der USA, Großbritanniens und Russlands zwischenzeitlich veranlasst, um die von diesen Anlagen ausgehenden Gefahren für die nationale Sicherheit sowie bundesdeutsche Interessen konkret zu beheben, und seit wann wusste die Bundesregierung bzw. der Geheimdienstkoordinator konkret von diesen Anlagen (ZEIT ONLINE vom 19. November 2013)?
40. Abgeordnete
**Heike
Hänsel**
(DIE LINKE.)
- Bestätigt die Bundesregierung Berichte von NDR und „Süddeutscher Zeitung“ vom 14. November 2013, wonach deutsche Sicherheitsbehörden, Geheimdienste oder die Bundeswehr Personendaten erfasst und weitergegeben haben, die zu gezielten Tötungen von Personen durch US-Drohnen verwendet wurden und werden?

41. Abgeordnete
**Petra
Pau**
(DIE LINKE.)
- Welche der zahlreichen Empfehlungen aus dem vor zwei Jahren vorgelegten Bericht „Antisemitismus in Deutschland – Erscheinungsformen, Bedingungen, Präventionsansätze“ (Bundestagsdrucksache 17/7700) des Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus hat die Bundesregierung mittlerweile aufgegriffen, und welche Fortschritte hat die Bundesregierung bei der Umsetzung nach zwei Jahren erreicht?
42. Abgeordnete
**Petra
Pau**
(DIE LINKE.)
- Sieht die Bundesregierung bei der Kontrolle der Nachrichtendienste, ähnlich wie der Bundesdatenschutzbeauftragte, „gravierende Defizite, die zu kontrollfreien Räumen führen“, akuten gesetzgeberischen Handlungsbedarf zur Optimierung der Kontrollstrukturen, und wenn ja, wo sieht sie konkreten Verbesserungsbedarf?
43. Abgeordneter
**Niema
Movassat**
(DIE LINKE.)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus den Vorwürfen, die Partnerschaft des Bundeskriminalamts mit der Folterpolizei ATPU in Kenia betreffend, dass die mit deutschen Geldern ausgestattete Polizeieinheit seit 2007 an außergerichtlichen Tötungen, Misshandlungen und Folter in zahlreichen Fällen beteiligt sein soll (siehe Süddeutsche Zeitung vom 21. November 2013, „Freunde der Folterpolizei“), und erwägt sie daher, die Kooperation aus menschenrechtlichen und rechtsstaatlichen Erwägungen bis zur Aufklärung der Vorwürfe zu beenden (bitte begründen)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

44. Abgeordnete
**Katja
Keul**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Normen des (Völker-)Strafgesetzbuchs könnten nach Auffassung der Bundesregierung durch vermutlich von Deutschland aus vorbereitete und überwachte tödliche Drohneneinsätze des US-Afrikakommandos AFRICOM (vgl. Darstellung von Christian Fuchs und John Goetz in „Geheimer Krieg“ – erschienen im November 2013 – auf S. 27 ff.) verletzt worden sein?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

45. Abgeordnete
Tabea Rößner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Wann wurde das Berliner Bundesamt für Zentrale Dienste und offene Vermögensfragen, wann das Bundesfinanzministerium und wann der Staatsminister für Kultur und Medien über den Kunstfund in München-Schwabing telefonisch und wann schriftlich durch die bayerischen Behörden informiert?
46. Abgeordnete
Tabea Rößner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) In welcher Form und ab welchem Zeitpunkt waren Mitarbeiter des Bundesamtes für Zentrale Dienste und offene Vermögensfragen an Besprechungen mit den bayerischen Behörden zum Kunstfund in München-Schwabing beteiligt?
47. Abgeordneter
Friedrich Ostendorff
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Wie ist der aktuelle Verhandlungsstand bezüglich der Übertragung der BVVG-Flächen (BVVG Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH) vom Bund auf die Länder, bzw. welche Position vertreten die Bundesregierung und die beteiligten Länder darin?
48. Abgeordneter
Friedrich Ostendorff
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Welche Maßnahmen beabsichtigt die Bundesregierung zu treffen, um den Verkauf von BVVG-Flächen an außerlandwirtschaftliche Investoren zu reduzieren und die Position bäuerlicher Betriebe bei der Vergabe von BVVG-Flächen zu verbessern?
49. Abgeordneter
Manuel Sarrazin
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Welche konkrete Ausgestaltung steckt hinter dem Vorschlag der Bundesregierung, auf europäischer Ebene sogenannte vertragliche Vereinbarungen und Solidaritätsmechanismen einzuführen, und mit welcher diesbezüglichen Position ist die Bundesregierung in die entsprechenden Verhandlungen mit den europäischen Partnern (beispielsweise auf dem sogenannten Sherpa-Treffen am 26. November 2013) gegangen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

50. Abgeordneter
Markus Kurth
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Wie hoch ist aktuell die Inanspruchnahme der Leistungen des Bildungs- und Teilhabepakets, und welche Verbesserungsmöglichkeiten sieht die Bundesregierung, um den Zugang für alle Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu Leistungen des Bildungspakets zu verbessern?
51. Abgeordneter
Markus Kurth
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Welche Vorschläge der im Jahr 2013 gegründeten Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Rechtsvereinfachung im Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) sieht die Bundesregierung als besonders geeignet an, das Leistungs- und Verfahrensrecht der Grundsicherung für Arbeitsuchende zu vereinfachen und effektiver auszugestalten?
52. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.) Zu welchen Schlussfolgerungen ist die Bundesregierung seit Beantwortung meiner Mündlichen Frage 49 vom 5. Juni 2013 (vgl. Plenarprotokoll 17/242) zur Problematik der Ghetto-Renten gekommen, und welche Lösungsalternativen hat sie erwogen bzw. in die Wege geleitet?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

53. Abgeordneter
Dr. Tobias Lindner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Welchem Zeitplan (u. a. Beginn, Ende, etwaige Unterbrechungen) folgte das Verfahren zur Abgabe von Angeboten bzw. der Teilnahmewettbewerb für das MG5, der in der 25-Millionen-Vorlage an den Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages vom 30. Mai 2013 (Ausschussdrucksache 17(8)6022) mündete?
54. Abgeordnete
Eva Bulling-Schröter
(DIE LINKE.) Welche Fluggenehmigungen für Drohnen des US-Militärs an und im Umfeld der Armeestützpunkte Grafenwöhr, Hohenfels, Vilseck, Bamberg, Ansbach-Katterbach und Illesheim hat die Bundesregierung für welchen räumlichen Geltungsbereich erteilt?

55. Abgeordnete
**Eva
Bulling-Schröter**
(DIE LINKE.)
- Welche Anträge auf Genehmigung weiterer Flugkorridore bzw. -gebiete für Drohneneinsätze seitens des US-Militärs liegen der Bundesregierung mit welchem Verfahrens-(Bearbeitungs-)stand derzeit vor?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

56. Abgeordnete
**Katja
Dörner**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Hält die Bundesregierung die vorhandenen finanziellen Mittel im Fonds für die Heimkinder West für ausreichend, und unterstützt die Bundesregierung Vorschläge, dass die möglicherweise nicht abgerufenen Mittel aus dem Fonds „Heimerziehung in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1949 bis 1975“ nicht an die Fondseinzahler zurückfließen, sondern beispielsweise für Maßnahmen für ein „selbstbestimmtes Leben ehemaliger Heimkinder im Alter und bei Pflegebedürftigkeit“, eine Ausweitung des bisher gesetzten Antragsberechtigungszeitraums über 1975 hinaus beispielsweise für Opfer von Heimerziehung bis 1989 verwendet werden, die Einbeziehung von Opfern aus Psychiatrie und Behindertenhilfe sowie die Zahlung von Entschädigungsrentenleistungen an ehemalige Heimkinder, die im Alter von unter 14 Jahren arbeiten mussten?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

57. Abgeordnete
**Katja
Dörner**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie haben sich die Zahlen der Bewilligungen bei Mutter-/Vater-Kind-Kuren seit der Verabschiedung der neuen Richtlinien entwickelt (absolut und prozentual), und welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus dem Anteil erfolgreicher Widersprüche gegen eine (zunächst erfolgte) Ablehnung der beantragten Kur?
58. Abgeordnete
**Kathrin
Vogler**
(DIE LINKE.)
- Kann die Bundesregierung bestätigen, dass in § 19 Absatz 2 des Bundesmantelvertrags – Ärzte (BMV-Ä) explizit geregelt ist, dass gesetzlich Versicherte bei einem Arztbesuch zum Nachweis der Anspruchsberechtigung die (alte) Krankenversichertenkarte gemäß § 291 Absatz 2 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch vorzulegen haben, solange die elek-

tronische Gesundheitskarte noch nicht an sie ausgegeben worden ist, und dass in Anhang I Nummer 2.1 zur Anlage 4a BMV-Ä vereinbart ist, dass von dem Vertragsarzt eine Privatvergütung für die Behandlung nicht verlangt werden darf, wenn die Versicherten anstelle einer elektronischen Gesundheitskarte innerhalb von zehn Tagen einen entsprechenden Versicherungsnachweis (ggf. auch in Papierform) erbringen bzw. eine schon geleistete Privatvergütung zurückzahlen ist, wenn dem Arzt bis zum Ende des Quartals ein zum Zeitpunkt der Behandlung bestehender Leistungsanspruch des Versicherten von der zuständigen Krankenkasse nachgewiesen wird?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

59. Abgeordneter
Gustav Herzog
(SPD)
- In welcher Höhe wurden die in den Bundeshaushalt 2013 für die Bundeswasserstraßen eingestellten Mittel bisher ausgeschöpft (bitte unterscheiden in jeweilige Soll- und Ist-Angaben für Um-, Aus- und Neubaumaßnahmen, Erhaltung und Verwaltungskosten), und wird die Bundesregierung die budgetierten Maßnahmen bis Ende des Jahres 2013 vollständig umsetzen?
60. Abgeordnete
Inge Höger
(DIE LINKE.)
- Welche Konsequenzen (zum Beispiel umfassende Offenlegung aller militärischen Planungen in der Region) zieht die Bundesregierung angesichts massiver planungsrechtlicher Probleme, die sich aus der kumulativen Belastung des europäischen Schutzgebietes Flora-Fauna-Habitat und des Vogelschutzgebietes „Colbitz-Letzlinger Heide“ durch den Ausbau der A 14 (Nordverlängerung) in Kombination mit dem militärischen Übungsbetrieb in der Altmark, inklusive Tiefflugübungen, und dem Ausbau der Übungsstadt „Schnöggersburg“ ergeben, insbesondere vor dem Hintergrund, dass einerseits die Europäische Kommission Bedenken bezüglich der Nichtanwendung der EU-Vogelschutzrichtlinien bei der Genehmigung der Militärstadt angemeldet hat und hier mit einem EU-Verfahren gerechnet werden muss und nun zudem das Bundesverwaltungsgericht Leipzig klarstellte, dass beim Genehmigungsverfahren der A 14 die zusätzliche Belastung der Region durch den militärischen Übungsbetrieb offengelegt und berücksichtigt werden müsse, und erwägt die Bundesregierung oder nach ihrer Kenntnis der künf-

tige Betreiber Rheinmetall AG angesichts dieser rechtlichen Lage einen Ausstieg aus dem Projekt „Schnöggersburg“?

61. Abgeordneter
Dr. André Hahn
(DIE LINKE.)
- Wie unterstützt die Bundesregierung mit Blick auf die derzeitige und absehbar künftige Belastung der Bahnstrecke im Oberen Elbtal das Vorhaben, zwischen Heidenau und Usti nad Labem eine neue hochgeschwindigkeitstaugliche Bahnstrecke zu errichten?
62. Abgeordneter
Dr. André Hahn
(DIE LINKE.)
- Welche Ergebnisse brachte die Nutzen-Kosten-Untersuchung des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, und inwieweit sind neben den wirtschaftlichen auch die ökologischen Wirkungen des Vorhabens untersucht worden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

63. Abgeordnete
Bärbel Höhn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist die Herabstufung Deutschlands im Klimaschutz-Index von Germanwatch von Platz 8 auf Platz 19 (www.tagesschau.de/ausland/klimaindex102.html) für die geschäftsführende Bundesregierung nachvollziehbar, und wie beurteilt sie die Situation, dass Deutschland in 2013 erneut seinen CO₂-Ausstoß steigert (vgl. www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/treibhausgas-deutsche-co2-emissionen-steigen-auch-2013-12655296.html)?
64. Abgeordnete
Bärbel Höhn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie wird die geschäftsführende Bundesregierung angesichts des auch nach der Entscheidung über „backloading“ stabil niedrig liegenden CO₂-Preises die Mittel für ihre Zusagen im Rahmen des Grünen Klimafonds aufbringen, und welche Auswirkungen haben die Einnahmeausfälle auf weitere finanzielle Zusagen Deutschlands, welche auf dem Weg zu einem Abkommen in Paris erbracht werden müssten?

65. Abgeordnete
**Annalena
Baerbock**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Für welche neuen klimapolitischen Impulse und ambitionierteren Reduktionsziele jenseits des Backloadings wird sich die Bundesregierung, auch angesichts des auf der COP 19 durch verschiedene Entwicklungsländer und des deutschen Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit formulierten Apells für mehr Ambitionen im Klimaschutz, in Vorbereitung des EU-Frühjahrgipfels und mit Blick auf den sogenannten Ban-Ki-Moon-Gipfel im September 2014, einsetzen?
66. Abgeordnete
**Annalena
Baerbock**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wird die Bundesregierung den in den deutschen Koalitionsverhandlungen avisierten Ausbaukorridor für erneuerbare Energien korrigieren und sich für deutlich höhere Ausbauziele bei den erneuerbaren Energien einsetzen angesichts dessen, dass die Weltklimakonferenz in Warschau gezeigt hat, dass erneuerbare Energien vor Ort inzwischen eine echte Alternative sind, von denen eine Reihe positiver wirtschaftlicher Impulse ausgehen?
67. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche weiteren Schritte – wie insbesondere ein Beschluss im Hauptausschuss der Strahlenschutzkommission (SSK), ein Beschluss der Innenministerkonferenz (IMK) und neue Rahmenempfehlungen des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) – stehen im Zusammenhang mit dem atomkraftwerkebezogenen Katastrophenschutz aufgrund der neuen Empfehlungen der betreffenden Ad-hoc-Arbeitsgruppe der SSK an (bei SSK und IMK bitte mit Angabe der hierfür nächsten beiden, also jeweils beiden, möglichen Sitzungstermine), und welcher Mindestzeitbedarf ist aufgrund früherer Erfahrungen für die Verabschiedung neuer BMU-Rahmenempfehlungen als realistisch anzusetzen – ausgehend vom Zeitpunkt eines entsprechenden SSK-Beschlusses?
68. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Konsequenzen wird das BMU aus dem online unter www.atommuell-lager.de frei verfügbaren, neuen Gutachten „Risiken des Betriebs des Kernkraftwerks Gundremmingen unter besonderer Berücksichtigung der beantragten Leistungserhöhung“ ziehen – insbesondere für seine bundesaufsichtliche Stellungnahme zu dem Genehmigungsentwurf der zuständigen Landesbehörde für die beantragte Leistungserhöhung des Atomkraftwerks Gundremmingen –, und insbesondere welche Informationen, Unterlagen etc. wird das BMU aufgrund der im

Gutachten aufgeworfenen offenen Fragen vom Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz verlangen?

69. Abgeordneter
**Harald
Ebner**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist es richtig, dass der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit dem Fraktionsvorsitzenden der CDU in Baden-Württemberg – entgegen den Ausführungen des Bundesamtes für Naturschutz – zugesagt hat, das nach § 24 des Bundesnaturschutzgesetzes erforderliche Benehmen mit dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) werde bei dem zukünftigen Nationalpark Schwarzwald bezüglich der erforderlichen Flächenausdehnung auch bei Nichteinhaltung der einschlägigen und von der Länderarbeitsgemeinschaft Naturschutz (LANA) beschlossenen Kriterien von EUROPARC Deutschland e. V., wie sie bei der Vorschlagsvariante der CDU Baden-Württemberg vorläge, erteilt, und wie begründet das BMU in diesem Fall die Abweichung von den konkreten Vorgaben der Weltnaturschutzunion (IUCN) und des Schutzgebietsdachverbandes EUROPARC als auch von den 2008 verabschiedeten bundesweit gültigen Qualitätsnormen und -standards für Nationalparke in Deutschland, wonach für diese eine Mindestgröße von 10 000 ha empfohlen bzw. festgelegt ist?
70. Abgeordneter
**Gustav
Herzog**
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung Fälle von Bromacilbelastungen in der Trinkwasserversorgung, die nach meinen Informationen in selbstständigen Beweisverfahren auf jahrelange Unkrautbekämpfungsmaßnahmen durch die Deutsche Bundesbahn zurückgeführt werden konnten, vor dem Hintergrund des für die Wasserversorger entstandenen Aufwands zur Wasserreinigung in Millionenhöhen, und wer ist nach Ansicht der Bundesregierung für die Regulierung der entstandenen Schäden zuständig, das Bundeseisenbahnvermögen, die Deutsche Bahn AG als Rechtsnachfolger der Deutschen Bundesbahn oder Dritte?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung
und Forschung**

71. Abgeordneter
Swen Schulz
(Spandau)
(SPD)
- Inwieweit ist es nach Auffassung der Bundesregierung aus Sicherheitsgründen problematisch, dass das Deutsche Forschungsnetz (DFN) nicht von deutschen Unternehmen betrieben wird, und inwieweit wäre eine Begrenzung der Ausschreibung für das DFN auf deutsche Unternehmen möglich und sinnvoll?
72. Abgeordneter
Swen Schulz
(Spandau)
(SPD)
- Wie ist der aktuelle Ausbaustand des DFN – unter Angabe der weiteren Ausbauplanung und der jährlichen Aufwendungen für die IT-Sicherheit des DFN, und in welchem Umfang gab es nach Kenntnis der Bundesregierung jeweils (erfolgreiche) Cyber-Angriffe auf das DFN durch staatliche oder kriminelle Hacker?
73. Abgeordnete
Kathrin Vogler
(DIE LINKE.)
- Kann die Bundesregierung die Berichterstattung u. a. der „Süddeutschen Zeitung“ vom 25. November 2013 bestätigen, wonach in den Jahren 2000 bis 2013 mindestens 22 deutsche Hochschulen Forschungsaufträge des US-Verteidigungsministeriums ausgeführt haben bzw. noch ausführen, und erläutern, welche gesetzgeberischen Möglichkeiten Bund und Länder haben, um derartige Rüstungsforschung an öffentlichen Hochschulen auszuschließen?

